

## VERANSTALTUNGSBERICHT KAS WASHINGTON D.C.

**Ursula Carpenter**

<b>Thema:</b>	<b>US-Außenpolitik und humanitäre Intervention</b>
<b>Veranstalter:</b>	<b>The Cato Institute</b>
<b>Art:</b>	<b>Expertenforum</b>
<b>Datum:</b>	<b>14. März 2006</b>
<b>Zeit:</b>	<b>12:00 – 13:30 Uhr</b>
<b>Ort:</b>	<b>The Cato Institute</b>

### **Die Rolle amerikanischer Macht in der Welt**

Aus den Reihen der Konservativen verlautete in der Vergangenheit oft Kritik an dem Einsatz des amerikanischen Militärs bei humanitären Interventionen in Somalia (1993) und Haiti (1994). In jüngster Zeit häufen sich die Stimmen von beiden Seiten des politischen Spektrums, die die USA zu Militäraktionen in Darfur, im Kongo und anderen Schauplätzen auffordern. Einige Beobachter befürworten eine umfassende Definition von nationalem Interesse, die Amerikas moralische Verpflichtungen einschließt. Andere dagegen befürchten, daß sogenannte "moralische Missionen" mit hohen und oft übersehenen Kosten verbunden sind und damit vom eigentlichen Verteidigungsauftrag der amerikanischen Streitkräfte ablenken. Abgesehen von der prinzipiellen Frage, was der legitime Auslöser einer US-Militärintervention sein soll, müssen sich die Politiker in den Vereinigten Staaten mit der Frage befassen, ob bei dieser Entscheidung lediglich die Verteidigung der amerikanischen Sicherheit ausschlaggebend sein soll oder auch die Verpflichtung Amerikas, Völkermord, ethnische Säuberungen oder massive Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.

### **Grundsatzfragen einer humanitären Intervention**

**Ted Galen Carpenter**, Vize-Präsident für außen- und sicherheitspolitische Studien beim CATO Institute, umriß in seiner Einführung die Kernfragen des Expertenforums, das der libertär-konservative Think Tank am 14. März 2006 in Washington zum Thema "With Good Intentions: U.S. Foreign Policy and Humanitarian Intervention" veranstaltete. Zwar befürworte fast jeder Amerikaner eine militärische Intervention Amerikas zur Verteidigung der eigenen Sicherheitsinteressen, der Fall einer humanitären Intervention bleibe jedoch weiterhin kontrovers mit Blick auf die Fragen: "Zu welchem Grad besteht eine Verpflichtung Amerikas? Unter welchen Bedingungen soll die Intervention stattfinden? Welche Gestalt soll die Intervention annehmen? Wie kann Amerika

es vermeiden, langfristig in Unruhen verwickelt zu werden, die einer Intervention oft folgen?"

### **Menschenrechte als "bequeme Rechtfertigung"**

**David Rieff**, außenpolitischer Experte des *World Policy Institute* und Mitherausgeber der den "New Democrats" (Demokraten der Mitte) nahestehenden Politikzeitschrift *The New Republic*, verwies auf die weitverbreitete Annahme, daß eine humanitäre Intervention auf altruistischen Gründen basiere, oder daß sie, wie Tony Blair es formulierte hatte, auf "Werten" beruhe, nicht auf eigenen Interessen. Rieff, der sich als Autor von *"At the Point of a Gun: Democratic Dreams and Amed Intervention"* und *"Slaughterhouse: Bosnia and the Failure of the West"* intensiv mit dem Thema "Humanitäre Intervention" beschäftigt hat, hinterfragte jedoch diese kategorische Unterscheidung. Da es nie eine rein altruistische Intervention gebe, müsse diese konventionelle Differenzierung am Anfang und nicht am Ende einer Grundsatzdebatte über humanitäre Intervention stehen. So hätten anscheinend sogar die "Interessenskriege" des ersten Golfkrieges, in Afghanistan und im Irak einer gewissen moralischen Rechtfertigung bedurft, wie z.B. der von Präsident Bush oft zitierte Kampf für die Rechte der Frauen in Afghanistan. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, so Rieff, bedürften alle Kriege einer moralischen Rechtfertigung – oder wie es die Deutschen im Ersten Weltkrieg genannt hätten – einer "Gott mit uns"-Parole. Heutzutage seien mit "Gott" die Menschenrechte gemeint: "Menschenrechte sind die moralische Rechtfertigung der Intervention geworden." Diese Argumentation habe zu einer radikalen Verwirrung über den Endzweck von Krieg geführt (z.B. "Staatenbildung" im Irakkrieg). Rieff kritisierte die Tendenz, daß heutzutage alle Kriege den Status der humanitären Intervention anstrebten, mit dem Resultat, "daß das moralisiert werde, was nicht moralisiert werden sollte." Insofern illustriere die Etikettierung des Irak-Krieges als "humanitäre Intervention" einen Fall, der mit dazu beigetragen habe, daß die Weltöffentlichkeit der Auffassung sei, daß "humanitäre Intervention eine Flagge der Bequemlichkeit für die Handlungen eines imperialen Amerikas" sei.

### **Humanitäre Intervention ist in Verruf gekommen**

**Dr. Charles Kupchan**, Professor für internationale Beziehungen an der *Georgetown University* und Europa-Experte beim *Council on Foreign Relations*, versuchte, den Begriff "humanitäre Intervention" genauer zu definieren und identifizierte drei Typen der Intervention, die oft mit humanitärer Intervention verwechselt würden. In der gegenwärtigen Interventionsdebatte, so Kupchan, würden drei Argumente ins Feld geführt, die dazu verleiteten, eine Intervention als "humanitär" zu bezeichnen, auch wenn dies nicht gerechtfertigt sei: 1) Das Argument, daß es im eigenen Sicherheitsinteresse liege, sich um gescheiterte oder scheiternde Staaten zu kümmern, da diese sich andernfalls zu terroristischen Sammelbecken entwickelten. Dies sei zwar im Fall von Afghanistan zutreffend gewesen, sei jedoch eher die Ausnahme von der Regel. 2) Die Argumentation, daß es Länder gebe, die zwar in sich selbst keine

Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellten, jedoch im Sinne der "Domino-Theorie" künftig zu einer Gefahr werden könnten. Dies sei "poppy cock" (Papperlapapp). Wenn beispielsweise Robert Kagan für eine humanitäre Intervention in einem sog. "pivotal state", z.B. Botswana, plädiere, da dieses Land sonst ins Chaos versinke und das Problem schließlich an unserer eigenen Küste auftauchen würde, sei es unsinnig, anzunehmen, daß sich die USA in diesem Falle für eine humanitäre Intervention entscheiden würde. Im Gegenteil: "Amerika wird zusehen, wie Botswana ins Chaos versinkt." 3) Das Argument, der Krieg im Irak sei eine humanitäre Intervention. Diese Erklärung sei zwar notwendig geworden, weil alle bisher verwandten Begründungen sich als Scheinargumente herausgestellt hätten, habe jedoch dazu geführt, "daß humanitäre Intervention in Verruf gekommen" sei. Wenn die USA weiterhin, wie im Fall Irak, einen Regimewechsel als humanitäre Aktion verkleide, würde dies sehr schnell imperialistische Züge annehmen.

### **Drei Gründe für eine humanitäre Intervention durch Amerika**

Für Kupchan, den ehemaligen Europa-Experten im Nationalen Sicherheitsrat der Clinton-Administration und vorherigen Mitarbeiter im Planungsstab des US-Außenministeriums, gibt es drei Gründe, die eine humanitäre Intervention Amerikas rechtfertigen: 1) die Abwendung von Völkermord, massiven Tötungen und Hungersnöten. Selbst in diesen Fällen läge die erste moralische Verantwortung bei der eigenen Bevölkerung. Dies wiederum dürfe kein Grund dafür sein, von einer humanitären Intervention abzusehen. Im Falle eines Konfliktes zwischen nationaler Sicherheit und humanitärer Intervention müssten die nationalen Sicherheitsinteressen Vorrang behalten. Daher sollte es im Falle von Tschetschenien nicht zur einer Intervention kommen. 2) der Beitrag der Vereinigten Staaten zum Erhalt einer auf Regeln basierenden internationalen Ordnung. Dies würde im Endeffekt mehr zur Vertretung amerikanischer Interessen beitragen als eine Ordnung, in der Amerika nur durch eigene materielle Interessen motiviert werden könne. 3) die Verbesserung des Images der Vereinigten Staaten in der Welt. Derartige humanitäre Interventionen, wie z.B. die Tsunami-Hilfe oder die Erdbebendiplomatie mit Pakistan, seien eine Investition in das Amerikabild im Ausland und die Legitimität amerikanischer Führungskraft. Da auch Kupchan eingestand, daß man nicht im vorherein haargenau festlegen könne, in welchem Falle ein Grund zur humanitären Intervention vorliege, empfahl er eine Politik des "We'll know it when we see it." Die Politiker rief Kupchan dazu auf, "die Wahrheit zu sagen" und die Interventionsdebatte nicht zu verschleiern. Jetzt gelte es, eine "Strategie zur frühen Intervention" zu entwickeln. Hierzu habe die *International Crisis Group* bereits gute Vorarbeit geleistet. Weiterhin sollte mehr in eine "low intensity" Interventionspolitik investiert und die Kapazitäten der Vereinten Nationen erweitert werden. Wenn Amerika schon nicht ein "provider of last resort" sein könne, dann sollten die Vereinigten Staaten zumindest die Kapazitäten regionaler Organisationen (EU, NATO, Organisation afrikanischer Staaten etc.) stärken, damit diese dann in der Lage seien, "unsere moralischen Pflichten zu erfüllen."

## **Kreative Lösungsansätze sind gefordert**

**Nikolas Gvosdev**, Strategieexperte beim **Nixon Center** und Herausgeber der renommierten Zeitschrift für Außenpolitik "*The National Interest*", schöpfte zu Beginn seiner Ausführungen Zuversicht aus der Tatsache, daß seine Vorredner bereits die übliche Form der "inside the Beltway"-Seminare gesprengt hätten, die wortgewaltig über "realistische Intervention, liberalen Realismus und effektiven Wilsonianismus" in der amerikanischen Außenpolitik debattierten, ohne daß diese pragmatische Anwendungen in der Welt der Politik fänden. Angesichts der humanitären Interventionen der letzten 15 Jahre, die entweder auf Schuldgefühlen oder einer "Lockvogelstrategie" (bait and switch) gegenüber gescheiterten Staaten beruht hätten und in den 90iger Jahren durch Begriffe wie "ethnische Säuberungen" ausgelöst worden seien, plädierte Gvosdev dafür, diese traditionellen Begriffe über Bord zu werfen und zum Zwecke einer besseren Politikformulierung zwei andere Fragen zu berücksichtigen: *Erstens*: die Frage der "Manpower" (Aufwand an Arbeitskraft). Wenn man bedenke, daß die Vereinigten Staaten als einzig verbleibende Supermacht "weniger Soldaten im Feld habe als Mussolinis Italien", müsse man sich die Frage stellen: "Welchen Preis sind wir bereit zu zahlen?" *Zweitens*: die Frage nach den zwiespältigen Motiven der Amerikaner (und der meisten anderen Länder). Zwar berufe man sich bei der humanitären Intervention auf "Mitgefühl", wolle jedoch den Preis dafür nicht zahlen. Einerseits wollten die Amerikaner sich engagieren, andererseits fragten sie sich jedoch, "wie effektiv sie das tun wollen, was sie vorgeben, tun zu wollen." Diese "Realitätskluff" (reality gap) resultiere in Überlegungen zu privaten Militäreinheiten, Vertragsmilitär, und Freiwilligenteams aus dem Außenministerium sowie der "Amerikanischen Legion". Für die Umsetzung von humanitären Interventionen gelte es, kreative Lösungsansätze ("out of the box solutions") zu finden. Um Lösungen für die Zukunft zu finden, müsse man vielleicht in der Vergangenheit suchen, wie zum Beispiel dem Modell der "Malteserritter": "Zu sagen, wir kombinieren nationale Interessen mit humanitärer Intervention, funktioniert nicht."

## **Für eine Einschränkung humanitärer Intervention**

**Christopher Preble**, Forschungsleiter im Ressort Außenpolitik des libertären **CATO Institute**, rief den Anwesenden die grundlegende Skepsis der Libertären gegenüber militärischer Gewalt in Erinnerung. Diese gehe auf die generelle Skepsis gegenüber der Wirksamkeit jeglicher Staatsgewalt aus und schließe die Befürchtung ein, daß Staatsgewalt, die für außenpolitische Ziele mobilisiert werden könne, ebenfalls zur Unterdrückung von Freiheit im eigenen Lande aktiviert werden könne. Diese Haltung spiegele sich auch in dem berühmten Zitat von James Madison wider: "Von allen Gefahren für öffentliche Freiheit fürchte ich Krieg am meisten." Preble argumentierte daher gegen die Neigungen der Menschenrechtsbewegung zugunsten humanitärer Intervention und plädierte in die gegengesetzte Richtung: "Wir sollten dazu geneigt sein, uns von humanitären Interventionen abzuwenden", insbesondere angesichts der Tatsache, daß es kein legitimes internationales Rahmenwerk dafür gebe. In der Vergangenheit

habe man daher versucht, geeignete Foren zum Einsatz für humanitäre Interventionen "einzukaufen" ("to forum shop").

### **Internationale Kapazitäten aufbauen**

Preble befürwortete hingegen drei Möglichkeiten, wie man Schranken für humanitäre Interventionen einsetzen, und somit deren Legitimität testen könne. *Erstens*: das Modell der "Powell-Doktrin", d.h. ein militärischer Einsatz aus humanitären Gründen nur dann, wenn er breite überparteiliche Unterstützung hat, ein klares Ziel verfolgt und mit massivem Truppeneinsatz schnell das Ziel erreichen und das Einsatzgebiet verlassen kann. Dieses Modell habe sich allerdings in den 90er Jahren nicht bewähren können, da die Zielsetzung des "Nation Building" nicht mit einer klar definierten Abzugsstrategie zu vereinbaren sei. *Zweitens*: die Notwendigkeit öffentlicher Unterstützung durch den Kongreß. Dies habe sich zwar in der Vergangenheit als nicht gerade perfekter Mechanismus herausgestellt. Dennoch sollte es möglich sein, daß der Kongreß genügend Zeit habe, in einem öffentlichen Plädoyer die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit für eine humanitäre Intervention zu gewinnen, insbesondere wenn es sich nicht um eine unmittelbare Bedrohung der Vereinigten Staaten handele. Dies trüge darüber hinaus der verfassungsmäßig verankerten Mitverantwortung des Kongresses für die amerikanische Außenpolitik Rechnung. *Drittens*: die Kapazitätenbildung. Diese solle sich nicht nur auf die amerikanische Kapazität konzentrieren, sondern auch andere Kapazitäten einschließen, u.a. in der NATO, der EU und der Afrikanischen Union. Nur mit genügend Kapazitäten hätten humanitäre Interventionen Aussicht auf Erfolg. "Wenn wir über den Aufbau von Kapazitäten reden, muß dies auch die Kapazitäten außerhalb Amerikas einbeziehen, damit auch andere Länder in die Lage versetzt werden können, humanitären Interventionen zum Erfolg zu verhelfen, statt sich ausschließlich auf das amerikanische Militär zu verlassen."